

Kommunale Haushaltspolitik

im Zeichen von Corona

Marion Schardt-Sauer
Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

Digitaler Kommunalkongress
05. November 2020

**Freie
Demokraten**



Fraktion im
Hessischen Landtag

FDP

(Finanzielle) Herausforderungen

für Kommunen durch Corona

- Verringerung von finanziellen Einnahmen
z.B. geringere Gewerbesteuereinnahmen + weniger Einkommensteuerumlagen
- Ebenso Einnahmeausfälle aus städtischen Gesellschaften (Schwimmbäder, Stadttheater etc.)
- „Zusatzkosten“ durch Schutzmaßnahmen, IT, etc.
- Herausforderung durch Mitarbeiter im Home-Office / Verwaltung muss funktionsfähig bleiben
- Sitzungen von Gemeinderäten und Kreistagen

Finanzielle Mittel

BUND + LAND HESSEN

- Konjunkturpaket des Bundes
- Land Hessen: Sondervermögen „Hessens gute Zukunft sichern“
→ „Partnerschaft mit den Kommunen“: bis zu 2,5 Mrd. Euro Mittel (z.B. für Finanzierung von Gewerbesteuerausfällen oder von Mehrbedarfen im Rahmen des KFA bei den Kommunen)
- Insgesamt (Land + Bund): Über 1,2 Mrd. Euro an Gewerbesteuerausfällen werden ausgeglichen
→ Bund gibt 552 Mio. Euro, Land gibt 661 Mio. Euro (aus Sondervermögen des Landes)

Finanzielle Mittel

BUND + LAND HESSEN

**Freie
Demokraten**



Sonstiges:

- **Frühere Überweisungen von Mitteln aus dem KFA i.H.v. 650 Mio. Euro (im Mai 2020 für die Beträge von Juni und Juli)**
- **Entlassung von Kommunen aus dem „Kommunalen Schutzschirm“**
- **Hessenkasse**
- **KIP - vorzeitige Pauschalauszahlung des Geldes und längere Laufzeiten**

„Gewerbsteuerausgleich“

BERECHNUNG / VERTEILUNG

- Eine Hälfte der 1,2 Mrd. Euro wird nach dem jeweiligen Anteil der Kommunen an der Gewerbesteuer in den vergangenen Jahren verteilt, die andere Hälfte richtet sich nach den tatsächlichen Gewerbesteuer-Mindereinnahmen im ersten Halbjahr 2020.
- Ausfälle werden im ersten und zweiten Quartal unterschiedlich gewichtet und gehen damit unterschiedlich stark in die Verteilung ein:
Die Verteilung von einem Viertel der Mittel richtet sich nach den Gewerbesteuerausfällen im ersten Quartal, während drei Viertel nach den Ausfällen im zweiten Quartal verteilt werden. Damit sollen die Effekte in den Krisenmonaten April bis Juni stärker berücksichtigt werden.

„Kreisumlage“

- Kreisumlage muss weiterhin gezahlt werden
 - Ausgleichszahlung des Landes für den Ausfall der Gewerbesteuer wird den Kommunen bei der Berechnung ihrer Finanzkraft 2020 zugerechnet und führt dann direkt zu einer höheren Kreis- und Schulumlage-Verpflichtung
 - Die „Kompensationszahlungen“ werden somit wie Gewerbesteuereinnahmen behandelt und daher auch bei der Berechnung der fälligen Kreisumlage berücksichtigt
- Gelder, die durch die Finanzhilfen erlangt wurden, müssen zum Teil „wieder abgegeben werden“

Kommunale Spitzenverbände

- Vereinbarung der kommunalen Spitzenverbände und dem Land Hessen – HSGB zeigt sich zufrieden mit den Ergebnissen / wenig Kritik von kommunaler Seite
- Dazu: Ergebnisse der Pressekonferenz / Vereinbarung soll am Freitag, den 06.11.2020 unterschrieben werden